

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dumler)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 56.

Berlin, Mittwoch, 15. Juli 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Wachsmittel des Unternehmertums. — Das Ende des Kampfes zwischen den Ärzten und den Krankenkassen. — Entlarvter und bestraffter Verleumder. — Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Die Wachsmittel des Unternehmertums.

Es ist hinlänglich bekannt, und wir haben oft genug darauf hingewiesen, daß von den Unternehmern ein größerer Schutz der Arbeitswilligen und eine Erweiterung der Beschäftigung nach dieser Richtung hin verlangt wird. Wir haben auch gegen diese Pläne Stellung genommen und in ausreichender Weise dargelegt, daß den Unternehmern heute schon viel größere Wachsmittel zur Verfügung stehen wie den Arbeitern, und daß eine Verschärfung der Gesetzgebung zugunsten der Unternehmer aber zum Schaden der Arbeiter abzulehnen ist. Es ist mehrfach überzeugend nachgewiesen worden, daß die diesbezüglichen Gesetze und die ausführenden Organe der Gesetze in den weitaus meisten Fällen eine Bevorzugung der Unternehmerverbände gegenüber den Arbeiterverbänden bedeuten. Den Unternehmern stehen ja so große und zahlreiche Mittel zur Verfügung, daß sie wahrlich keine Ursache haben, über eine Benachteiligung ihrer Interessen zu klagen und die Gesetzgebung zu Hilfe zu rufen.

Auch jetzt wiederum wird bekannt, daß die Arbeitgeber der Textilindustrie in der Laufzeit eine Aussperrung von 30 000 Textilarbeitern vornehmen wollen. Und der Grund hierzu? Ungefähr 60 Wäcker haben sich veranlaßt gesehen, zur Verbesserung ihrer Löhne an die Arbeitgeber heranzutreten mit dem Resultat, daß sich die Verhandlungen über die Forderungen der Wäcker zerklüftet haben. Die Unternehmer wollten auf die prinzipiellen Fragen dieser Bewegung nicht eingehen. Sie lehnten eine Gleichstellung der Arbeitslöhne und eine Garantie von Mindestlöhnen ab. Dadurch war ein Streik der Wäcker ausgebrochen. Wie die Preßnachrichten ergeben, sind von 110 Wäckern, die in der Niederlausitz in den Tuchfabriken beschäftigt sind, 60 Mann am Streik beteiligt, der bisher noch nicht in entsprechender Weise beigelegt werden konnte. Nun kommt der Arbeitgeberverband für die Textilindustrie und hat beschlossen, daß am Sonnabend den 11. Juli 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Laufzeit Textilindustrie gekündigt werden sollen, wenn bis dahin der Streik der Wäcker nicht beendet ist. Und weil die streikenden Wäcker von ihren Forderungen nicht zurücktraten, wurde am 11. Juli die Kündigung von 30 000 Textilarbeitern vorgenommen. Es werden somit am 18. Juli diese 30 000 Menschen vom Unternehmertum auf die Straße geteilt, weil sich die Unternehmer weigern, den Wünschen der Wäcker entgegenzukommen. Es wird also auch hier wieder das Mittel der Aussperrung von den Arbeitgebern angewandt. Es wird hier wieder einmal erwiesen, daß im wirtschaftlichen Kampf kleine Ursachen große Wirkungen nach sich ziehen, und daß 30 000 Menschen, die arbeitswillig sind, die keine Forderungen an die Arbeitgeber gestellt haben, durch das Unternehmertum an der Arbeit gehindert werden. Wenn es nicht gelingt, im Laufe dieser Woche noch eine Einigung herbeizuführen, und wenn die Aussperrung perfekt wird, dann bedeutet das für die ganze Laufzeit, für die Städte Cottbus, Spremberg, Forst usw. eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft. Auch hier wiederum zeigt sich, wie notwendig es ist, daß bei derartig drohenden

Kämpfen eine Instanz vorhanden sein müßte, die in entsprechender Weise auf beide Teile einzuwirken vermag, und der das Recht des Verhandlungszwanges eingeräumt werden muß. Wir denken hier wieder einmal an unsere Forderung auf Errichtung eines Reichseinigungsamts. Doch davon sind wir leider noch sehr weit entfernt, weil unsere Sozialpolitik auf Wunsch der Scharfmacher im Lande jetzt einen Stillstand durchmachen muß.

Aber nicht nur in der Textilindustrie sind Kämpfe der Unternehmer bemerkbar, sondern auch die Arbeitgeber der anderen Industrien rüsten zu neuen Kämpfen. So hat u. a. eine Ausschüßung des Verbandes der Fabrikantenvereine für den Regierungsbezirk Arnberg den Beschluß gefaßt, der Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung beizutreten. Das ist am 6. April 1914 beschlossen worden, und zwar in der Weise, daß auf jede 1000 M. der Lohnsumme ein Beitrag von 50 Pf. an diese Streikversicherung gezahlt wird. Die Gegenleistung besteht darin, daß nach Ablauf einer Karenzzeit von 6 Tagen für jeden Streik- oder Ausperrungstag eine Entschädigung von 10 Prozent des täglichen Durchschnittsverdienstes aus dieser Streikversicherung an die beteiligten Arbeitgeber gezahlt wird. Außer dieser Neueinrichtung wurde weiter beschlossen, daß die Beiträge der Arbeitgeber des Fabrikantenverbandes im Regierungsbezirk Arnberg von 75 Pf. pro 1000 M. der Jahreslohnsumme auf 1 M. erhöht werden. Das bedeutet zweifellos eine ganz gewaltige Steigerung der Kämpfungen, die von den Unternehmerverbänden durchgeführt werden.

Auch in Solingen ist von den Arbeitgebern eine größere Ausperrung infolge des Streiks in der Waffenindustrie verhandelt worden. Was bleibt denn da den Arbeitern und ihren Organisationen anders übrig, als daß sie versuchen müssen, in gleicher Weise für die Stärkung ihrer Sache die entsprechenden Maßnahmen ebenfalls einzutreten zu lassen! Sie können ja garnicht zurückweichen, denn ihre Wirksamkeit würde herabgesetzt werden, wenn sie sich nicht bemühen wollten, den Wachsmitteln der Unternehmer auch die Wachsmittel der Arbeiterorganisation in ausreichendem Maße entgegenzusetzen. Und wenn auch in der letzten Zeit infolge des Rückganges der Mitgliederzahl in den freien Gewerkschaften in der Tagespresse darauf hingewiesen worden ist, daß die Arbeiterorganisationen in bezug auf Beitragserhöhungen vorsichtig sein müßten, so ist dem entgegengehalten, daß ja die Organisationen der Arbeiter durch die Maßnahmen der Unternehmer geradezu gezwungen werden, auf eine entsprechende Erhöhung ihrer Beiträge hinzuwirken.

Wir sind die Letzte, die den Streik als das beste Mittel erachten, sondern wir stellen die Vereinbarung in den Vordergrund. Diese kann aber nur dann die gewünschten Früchte hervorbringen, wenn den Arbeitern und ihren Organisationen das erforderliche Maß von Gleichberechtigung zugesichert wird, dessen sie bei der Vertretung der Arbeiterinteressen unbedingt bedürfen. Da dies heute aber nur in beschränkter Weise geschieht, so sind eben größere Lohnkämpfe zurzeit noch unvermeidlich, und das Verhalten der Unternehmerverbände zwingt die Arbeiter direkt, auch ihrerseits auf eine Stärkung ihrer Wachsmittel hinzuwirken. Solange das Unternehmertum bei jeder nur möglichen Gelegenheit die Methode großer Ausperrungen zur Anwendung bringt, kann auch nicht davon die Rede sein, daß die Arbeiter ihre Kämpfungen einschränken sollen. Sie müssen im Gegenteil das Gleiche tun

wie die Unternehmer, wenn sie ihren Aufgaben gerecht werden wollen. Und da ohne Organisation die Sache der Arbeiter verloren wäre, so haben die Arbeiter aller Richtungen alle Ursache, auf der Hut zu sein.

Für unsere Gewerksvereinskollegen entsteht aus diesen Dingen heraus die Verpflichtung, nicht nur für eine Vergrößerung unserer Mitgliederzahlen einzutreten, sondern auch den Ausbau der einzelnen Gewerksvereine so zu gestalten, daß sie auch in der Zukunft den Wachsmitteln der Unternehmer den erforderlichen Widerstand entgegensetzen können.

Das Ende des Kampfes zwischen den Ärzten und den Krankenkassen.

Unter dieser Ueberschrift macht das „Zentralblatt der Reichsversicherung“ folgende für den Stand der Dinge charakteristische Bemerkungen:

Allenthalben legt sich nun auch bei den einzelnen Krankenkassen die Fehde mit den Ärzten. Die Zahl der endgültigen Verträge, die zwischen beiden Teilen zum Abschluß kommt, mehren sich von Tag zu Tag. Als der Kampf seinen Höhepunkt erreicht hatte, Mitte Dezember 1913, zeigte die bekannte Warnungstafel des Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Warnung ihrer wirtschaftlichen Interessen etwa 450 Orte, in denen Differenzen zwischen den Ärzten und den Kassen bestanden. Gegenwärtig sind es nur noch etwa 200 Orte, nach denen die Verbandsmitglieder den Zugang meiden sollen. Zum größten Teile sind es kleine Orte, die noch verzeimelt sind, und solche, in denen schon seit langer Zeit Differenzen bestehen. Von den großen Städten sind noch anzutreffen Breslau, Leipzig, Köln, Frankfurt a. M., Halle a. S., Wiesbaden, Düsseldorf, Königsberg usw. Aber auch in diesen Städten handelt es sich nicht immer um sämtliche, sondern oft nur um einige oder gar nur um eine Klasse, mit der ein endgültiger Vertrag noch nicht zustande gekommen ist.

Das „Berliner Abkommen“, (veröffentlicht in Nr. 105 des vorigen Jahrgangs, D. Med.) das zwischen dem Verbande der Ärzte und den Zentralverbänden der Krankenkassen am 23. Dezember 1913 getroffen worden war, ist im großen und ganzen von den einzelnen Kassen anerkannt worden. Das will immerhin etwas heißen, wenn man bedenkt, daß die Organisation wenigstens der Kassenverbände eine recht loje ist und sie trotz ihrer Rechtsfähigkeit für die einzelnen Kassen rechtsverbindliche Abmachungen nicht treffen können. Dazu kommt, daß die Berliner Abmachungen für viele Kassen recht einschneidende Veränderungen brachten. Widerspruch bei den Kassen fand mehrfach der § 11 des Abkommens, der bestimmt, daß die Kassen zur Abfindung der während der Konfliktzeit festangestellten Kassenärzte 5 Pf. pro Kassenmitglied und Jahr bis zur Höhe der Hälfte der gesamten einschlägigen Aufwendungen beizusteuern haben. Namentlich aus dem Königreich Sachsen wurde Abneigung laut, weil dort die Kassen jogenannte arbeitswillige Ärzte überhaupt nicht angenommen hatten. Es muß aber anerkannt werden, daß die großen Kassenverbände allen Einfluß aufwendeten, diesen Widerstand der einzelnen Kassen zu beseitigen.

Zur Durchführung des Berliner Abkommens ist eine Reihe Ausführungsbestimmungen erschienen, die Karl Heymanns Verlag in Berlin in einem Heft herausgegeben hat. Die Aufstellung des Kassenregisters ging bei allen Versicherungsämtern glatt von statten; man schätzte, daß sich im ganzen Reich etwa 20 000 bis 24 000 Ärzte haben ein-

tragen lassen. Die Einsetzung der Vermittlungsinstanzen (Vertragsausschuss, Schiedsamt) verzögerte sich sehr, und noch heute fehlen in sehr vielen Bezirken diese Institute. Die Ärzte führen über das langsame Arbeiten der Behörden lebhaft Klage. Zur Bestimmung der Vertreter der Ärzte und der Krankenkassen für die Vermittlungsinstanzen sind Bahordnungen erschienen, die darauf hinwirken, daß beiderseitig nur eine Vorschlagsliste zur Aufstellung kommt und so die Wahl mit Stimmzettel unterbleibt. Von einigen Ausnahmen abgesehen, wurde auch dementsprechend verfahren. Dort, wo die offiziellen Schiedsinstanzen noch nicht eingesetzt waren, wurden einmütig (wie in Saltea, S.) Schiedsgerichte nach beiderseitiger freier Vereinbarung bestimmt. Wenn es in den einzelnen Orten trotz des Berliner Friedens häufig noch zu einem heftigen Auseinanderplatzen der Gemüter kam, so geschah dies wegen der Höhe der Honorare. Diese Hebelklappe hat das Berliner Abkommen offen gelassen. Wegen dieser Frage kam es öfters vor (wie in Königsberg, Jena, Herford, Bitterfeld, Guben usw.), daß die Ärzte die Verbindung mit den Kassen gänzlich abbrachen und die Kassenmitglieder als Privatpatienten behandelten oder vereinzelt die Behandlung von Kassenmitgliedern, von schweren Krankheitsfällen abgesehen, ablehnten. In vielen Orten (Braunsd., Warmen, Iwida usw.) wurden die Differenzen durch einen Schiedsbruch erledigt.

Der Ausgang des Kampfes ist nicht ein Sieg oder eine Niederlage auf der einen oder anderen Seite der Kämpfer. Jeder Teil gab von seinem Standpunkt nach. Die Ärzte erreichten, daß ihre Hauptforderung, die freie Arztwahl, zu umfangreicher Anerkennung kommt. Schon die Bestimmung des Berliner Abkommens, daß jede Klasse soviel Ärzte angustellen hat, daß mindestens auf je 1350 Versicherte, bei Familienbehandlung auf je 1000 Versicherte ein Arzt entfällt und unter diesen Ärzten den Versicherten die Auswahl freisteht, ist eine starke Konzeption an die freie Arztwahl. In mehreren größeren Städten gelang es den Ärzten, die gänzlich freie Arztwahl zur Einführung zu bringen.

Was die Honorierung anbelangt, so gelang es den Ärzten nicht, die geforderte Bezahlung nach Eingelieferungen unter Zugrundelegung der staatlichen Gebührentaxe durchzuführen. Von Ausnahmen abgesehen kam es zur Vereinbarung eines Parafales wie früher. Die geforderte verschiedene Bezahlung der ärztlichen Hilfe je nach dem Einkommen der Versicherten erreichten die Ärzte ebenfalls nicht. Dies Verlangen scheiterte nicht nur an der ihm zugrunde liegenden, mit dem Grundgedanken unserer sozialen Versicherung in Widerspruch stehenden Idee, sondern auch an der Unmöglichkeit, es praktisch durchzuführen. Ebenso scheiterte das Verlangen, den Versicherungsberechtigten den Anspruch auf die ärztliche Hilfe zu entziehen. Dort, wo die Forderung zugelassen wurde, wie in Leipzig, wurde von den Behörden mit Recht eine solche Bestimmung der Kassenfassung als unzulässig erklärt. Dagegen gelang es den Ärzten, die Honorare (die Parafalsätze) vielfach erheblich in die Höhe zu bringen. Man kann die Zulagen im Durchschnitt auf mindestens 50 v. S. schätzen. Die Forderung, bei Familienbehandlung den dreifachen Betrag des für das einzelne Mitglied festgesetzten Betrages anzunehmen, wurde nicht verwirklicht. Immerhin wird in Zukunft wohl bei fast allen Kassen die Ausgabe für die ärztliche Behandlung der wichtigsten Ausgabenposten sein. Ob die sonstige Fürsorge für die Versicherten darunter leiden wird, bleibt abzuwarten.

Die neuen Verträge sind meist auf viele Jahre, zum Teil auf zehn Jahre abgeschlossen. Im Zusammenhang mit den neu eingesetzten Schiedsinstanzen muß daher gesagt werden, daß der Friede auf längere Zeit gesichert und die Zeit eines Kampfes auf der ganzen Linie ein für allemal vorbei ist.

Entlarvter und bestrafter Verleumder.

Unser Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt erhielt von seinem Freunde, Gerichtspräsidenten Dr. Adrian von Ur, in Olten (Schweiz) den folgenden Brief:

Olten, den 30. Juni 1914.

Sehr geehrter Herr Goldschmidt!
Es ist lange her, seit ich mich mit Ihnen unterhalten habe. Es ist unterdessen einiger Sturm an mir vorbeigegangen. Ich nehme fest an, daß Sie auch von dem Kampf gehört haben, den es bei uns wegen der Gewerkschaftsfrage abgab. Ich habe aber auch Grund anzunehmen, daß Sie falsch unterrichtet worden sind. Sie wissen, daß mein Ziel war, Gewerkschaften auf neutralem Boden zu errichten, nach dem Urbilde der von Ihnen geleiteten Organisation. In Verbindung mit Oltenen Arbeitern ging ich an das Werk. Sie hielten uns dann in Olten

ein Referat. Man hat Sie darauf in den schweizerischen sozialdemokratischen Blättern den Führer der Gelben und den König der deutschen Streikbrecher genannt. In Olten gelang es uns dann, in der großen Werkstätte der Staatsbahn eine neutrale Organisation zu schaffen. Bald folgten zwei andere Fabriken nach. Sofort setzte gegen uns ein äußerst heftiger Kampf sowohl von sozialdemokratischer als ultramontaner Seite ein. Man strengte unsere erste Versammlung. Man sagte uns nicht nur nach, daß unsere Organisationen freisinnig, sondern daß sie auch gelb seien. Das geschah, obwohl unser Programm und auch unser Geist der Deutschen Gewerkschaften waren. Da kam in diese Entwicklung ein Ereignis. Ein sozialdemokratischer Führer und Redakteur, Beskota mit Namen, faate sich öffentlich von seiner Partei los und schrieb gegen sie eine Broschüre. Dieser suchte mich auf und ich ließ ihm mit anderen Schutz suchen. Der Mann gab dann eine Zeitung heraus für die freie Arbeiterbewegung mit viel Verstand und Sachkenntnis. Vom Schneidergelehen hatte er sich wohl zum ersten Theoretiker der Sozialdemokratie hinausgearbeitet. Er ging aber schon als ein kranker Mann von der Partei weg, weil er seinen Glauben an sie verloren habe, wie er schrieb. An diese Zeitung brachte sich in der Folge ein ungenialer Journalist, namens Franz Egell. Der Mann hatte sich schon vorher bei mir vorstellen wollen, ich hatte ihn scharf abgewiesen, da er sich als Mitarbeiter der Arbeiterpresse ausgewiesen hatte, in der er für eine nationale schweizerische Gewerkschaftsbewegung nach dem Muster der deutschen gelben Gewerkschaften Propaganda machte. An der neuen Zeitung, die in der Hand Beskota's war, wurde er wohl als Mitarbeiter zurückgewiesen, fand aber Platz als Administrator. Ich weigerte mich, mit ihm das Geringste zu tun zu haben. Als er in einer Arbeiterversammlung eingeladen erschien, verurteilte ich mit den schärfsten Worten die gelbe Bestrebung als verwerfliche, verräterische. Damals fragte er mich auch, in dem ich sich frech an mich heranmachte, was ich wollte. Als ich ihm zur Antwort gab, daß unser Ziel das der Fisch-Durckerschen Gewerkschaften sei, erwiderte er, die kenne er auch; sie seien wie die Sozialdemokratie.

Dieser selbe Egell verfuhrte in der Folge mit Arbeiterverbänden Beziehungen anzuknüpfen. Er überwarf sich dann mit Beskota, der ihn vor die Tür stellte, und als es ihm nicht gelang, von den Arbeitgeberverbänden Geld zur Errichtung eines Korrespondenzbureaus gegen die Sozialdemokratie zu erhalten, trat er einige Tage darauf bei der Sozialdemokratie als Anhänger des unehrlichsteu Kampfes auf. Es gab dann ein großes Geschrei. Egell schrieb eine Broschüre betitelt „Die Gelben“.

Die Hauptidee an dieser Broschüre ist gelogen, soweit sie mich betrifft, alles. Egell ist vor kurzem wegen qualifizierter Verleumdungen bestraft worden. Wir erzielte der sozialdemokratische Redakteur in Olten, der mich auf Grund der Egellschen Lügen angegriffen hatte, Satisfaction. In einer sozialdemokratischen Versammlung trat ich Egell, den ich der Habschapei und Fälschung überwiesen hatte, öffentlich entgegen.

Das ist in kurzen Zügen die Geschichte. Ich lege Ihnen ein Flugblatt bei, in welchem ein Teil des Kampfes gegen die Verleumdung dargestellt ist, bitte Sie aber um dessen Rückgabe, da es das einzige Exemplar ist, das ich besitze. Ich lege Ihnen auch eine deutsche sozialdemokratische Zeitung bei, die mit ein freunde aus Elberfeld beibrachte. Ich sehe daraus, daß die Lüge auch über den Rhein gedungen ist. Die Zeitung enthält eine geradezu groteske Fabel. Sie können sich ein Urteil an Hand meiner kurzen Erklärungen und des Flugblattes bilden.

Nun schneigt der Egell-Kummel. Dabei ist freilich auch Beskota zu Fall gekommen, der vom Kampfe aufgegeben, die Journalistik aufgegeben hat. Der Mann hatte ja wohl seine Fehler begangen. Er war eben ein armer Schächer. Aber für schlecht halte ich ihn heute noch nicht.

Ich stehe, da das Unwetter vorüber ist, aufrecht und mit blankem Gewissen. Die Arbeiter halten zu mir, sie wissen, daß ich nicht alle diese Arbeit, alle diese Inhaftung auf mich genommen habe, um einer Sache zu dienen, die nicht ganz lauter wäre. Die Sozialdemokraten freilich fahren fort, uns wider besser es Wissen Gelbe zu nennen.

Ich muß noch nachhaken, daß sich in direkter Reaktion auf dem Generalfreik in Zürich Arbeiterorganisationen gebildet haben, die ununterbrechbar einen starken gelben Einschlag hatten. Wir haben bis heute die Verbindung mit ihnen abgelehnt. Es muß aber eingestanden werden, daß sich seither diese Organisationen geändert haben und sich bestreben, die „gelben“ Schalen vollständig abzustreifen. Die Arbeiter, die in diesen Verbänden stehen, haben ungenügend sich für völlige Unabhängigkeit von jedem Arbeitgeberverband ausgesprochen.

Ich hoffe, daß eine Zeit kommen wird, wo es eine große schweizerische neutrale Gewerkschaftsbewegung gibt, die sich mit Stolz an die Seite der deutschen und englischen Gewerkschaftsbewegungen stellen kann. Das soll geschehen, indem wir die große Masse der liberalen und indifferenten Arbeiter zum gewerkschaftlichen Leben erwecken. Dabei werden wir an den schon bestehenden großen Verbänden der Eisenbahner und Staatsbeamten, die sich auf neutralem Boden befinden, Anlehnung zu nehmen haben als bei Gesinnungsgenossen. Und nun meinen herzlichsten Gruß!
Dr. Adrian von Ur, Gerichtspräsident.

Ich habe diesen Brief zunächst in folgender Weise beantwortet:

Olten, den 9. Juli 1914.

Herrn Gerichtspräsidenten Dr. Adrian v. Ur,
Olten (Schweiz).

Lobprecher Herr und Freund!
Ihr interessanter Brief vom 30. Juni, für den ich Ihnen herzlich danke, ist am 6. Juli in meine Hände gekommen.

Wie ich schon aus der sozialdemokratischen in Düsseldorf erscheinenden „Volkszeitung“ erfahren hatte, waren Sie, verehrter Herr und Freund, von „Argus“ schwer verleumdet worden. Hinter diesem „Argus“ scheint mir der wandlungsfähige Herr F. Egell zu stehen, der ja auch der Verfasser der Broschüre ist, die in Ihrem Briefe erwähnt wird. Ich gratuliere Ihnen zu dem Erfolg, mit dem Sie das Charakterbild Egell in seiner Farbenspielerei haben hinstellen können. Ich wäre schon früher auf den laubenen Patron eingegangen, um Sie gegen die Verleumdungen in Schutz zu nehmen, infolge Lieberarbeit wurde ich genötigt, eine Mitte März beginnende Kur in Eisenach durchzuführen. Kurz vor Schluß des Monats bekam ich aber einen Rückfall, der mich zwang, von neuem in eine Kuranstalt zu gehen, wo ich 4 Wochen lang verblieb. Jetzt bin ich wieder hergestellt, wenn ich mich auch noch in der Konvaleszenz befinde.

Nun gibt mir ihr Brief willkommenen Gelegenheit, Ihnen zu antworten. Aus dem Flugblatt „Gegen die öffentliche Unwahrscheinlichkeit“ ersehe ich, wie der F. Egell erst als „Arbeiter“ für die Unternehmerpresse gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu Felde zog und dann den Versuch machte, sich an Sie heranzudrängen, um den freien Arbeiterverband von Olten unter seinen „gelben Einfluß“ zu bringen. Sie haben alle Versuche, Sie und den freien Verband von Olten in seine Fänge zu locken, mit Tapferkeit zurückgewiesen. Auf den Briefwechsel zwischen Egell und Ihnen, sowie mit dem freien Arbeiterverband komme ich im nächsten „Gewerkschein“ noch zurück. Interessant ist, wie dieser Egell als Gelber auf einmal Sozialdemokrat geworden ist.

Daß mich die Schweizer sozialdemokratische Presse den „Führer der Gelben“ und den König der deutschen Streikbrecher“ genannt haben, als ich wieder von Olten abgereist war, hat mich sehr, wo ich es von Ihnen erfahre, zu einem hellen Aufsehen gebracht. Es wird keinen deutschen Sozialdemokraten geben, der mich in gleicher Weise zu verleumden den Mut haben würde. Die deutschen Gewerkschaften sind keine Streikbrecher und sind auch keine „Gelben“. Nur Verleumder können solche Behauptungen aufstellen.

Mit freundschafflichen Grüßen
Karl Goldschmidt, Verbandsvorsitzender.

Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

(Fortsetzung statt Schluß.)

Als nächste Folge der Industrialisierung ist der Rückgang der Hausanberung, also eine Bevölkerungvermehrung, zu verzeichnen. Und wenn auch auf der anderen Seite trotz Verminderung der Sterbefälle ein Rückgang der Geburten — als Folgeerscheinung der industriellen und kulturellen Entwicklung — eingetreten ist, so bleibt gegenüber der Tatsache, daß das Land eine relativ größere Bevölkerung erzeugt, immerhin die Tatsache bestehen, daß die Industrie eine größere Bevölkerung erhält. Und das Bevölkerungsproblem fordert gebieterisch die Beteiligung an der Weltwirtschaft, um die zusammengedrängten Massen beschäftigen und ernähren zu können. Volksgesund — Kaufkraft — Nahrungsmittelvorrat und Nahrungsmittelpreise, das sind die maßgebenden Faktoren geworden. Daß mit der industriellen Entwicklung sich auch der Wohlstand aller Volksklassen gehoben hat, ist eine weitere Folge der Industrialisierung. Es sind von 1900 bis 1911 die Sparkassenguthaben in Deutschland um das Doppelte, seit Anfang der 1870er Jahre auf das Dreifache gestiegen. Ähnlich liegen die Verhältnisse der Depositen bei den größeren deutschen Banken und des Versicherungsbefandes der Feuerversicherungen. Weiterhin sei erwähnt, daß die ländliche Arbeiterfrage, die Landflucht für das allgemeine Wohl wieder von Nutzen ist, da die Abwanderungen vom Lande den Städten fortwährend frisches Blut zuführen — ein Vorgang, dessen soziale Bedeutung für die Erhaltung der Volkskraft so wichtig ist, daß Sorge getragen werden muß, ein Versiegen dieser Quelle zu verhüten.

Bei all diesen Vorteilen darf jedoch das Risiko nicht übersehen werden, das mit dem Uebergang zur Weltwirtschaft verbunden ist und das in dem Maße steigt, in dem für den Export gearbeitet wird. Wir belegen zwar nicht unsere blühende Industrie mit dem Beinamen „Weißbrotspinnerei“ und wollen auch die Gefahren nicht überbetonen, pflichten aber Hesse bei, daß das stolze „Gebäude unserer Volkswirtschaft auf Pfeiler gebaut ist, die auf fremdem Boden ruhen, der uns untergraben werden kann“, und zwar ist noch schwerwiegender, als die Unterbindung des Absatzes die Erhöhung des Nahrungsmittel- und Rohstoffbezuges. Diesen Möglichkeiten nach Kräften vorzubeugen, muß deshalb das aufrichtige Weltreue aller beteiligten Kreise sein, von den Spitzen des Staates angefangen bis herab zum einfachsten Arbeiter. Die Hauptnachteile der Industrialisierung, die uns schon jetzt in ihrer scharf einschneidenden Wirkung vor Augen treten, sind: Rückgang der selbständigen Existenzen und Zunahme der wirtschaftlichen Abhängigkeit. Jedoch sind diese uner-

freulichen Erscheinungen weniger Folgen der Ausdehnung der Gewerbe als der Aenderung der industriellen Betriebsformen.

Wie schon erwähnt, sind in der Landwirtschaft Kapital und Technik nicht von solch durchgreifender Bedeutung wie in Handel und Industrie. Aus diesem Grunde ist auch der kleine und mittlere Betrieb der Landwirtschaft dem Wettbewerb des Großbetriebes gewachsen, ja diesem in manchen Beziehungen noch überlegen. Erfreulicherweise, wenn auch noch nicht in dem erforderlichen Maße, hat sich die Besitzverteilung zugunsten des kleinen und mittleren Bauern verschoben. Es entfallen nämlich von 100 Hektar der landwirtschaftlich benutzten Fläche Deutschlands auf die Größenklasse unter 2 Hektar im Jahre 1882: 5,7 und im Jahre 1907: 7,4 Hektar; auf die von 2-5 Hektar in denselben Jahren 10 und 10,4; auf die von 5-20 Hektar: 28,7 und 32,7; auf die von 20-100 Hektar: 31,1 und 29,3; auf die Größenklasse von 100 Hektar und darüber 24,4 und 22,2 Hektar.

In der Industrie sehen wir eine Zunahme der Produktionskonzentration und eine steigende Riffer der beschäftigten Personen (Betriebsvergrößerung), und zwar im Gegensatz zur Landwirtschaft am stärksten beim Großbetrieb. Nehmen wir als Kleinbetrieb solche, die bis zu 5 Personen (einschließlich der Familienangehörigen) beschäftigen, als Mittelbetriebe solche mit 6-50 und als Großbetriebe die mit über 50 beschäftigten Personen. So erhalten wir folgende Verhältniszahlen: Von 100 Betrieben der Industrie (mit Bergbau und Baugewerbe) waren i. J. 1882: 95,8 und 1907: 89,6 Kleinbetriebe; 3,8 und 9 Mittelbetriebe; 0,4 und 1,4 Großbetriebe. Beschäftigt waren in denselben Jahren von 100 Personen 55,1 und 29,5 in Klein-, 18,7 und 25 in Mittel-, 26,2 und 45,5 im Großbetrieben. Außer den Kleinbetrieben sind auch die Kleinbetriebe, die nur eine Person beschäftigen und keine motorische Kraft verwenden, ihrer Zahl nach bedeutend zurückgegangen, nämlich um über 400 000 (fast ein Drittel); dagegen hat die Zahl der kleinen Schiffenbetriebe um 130 000 (fast ein Fünftel) zugenommen. Nach Hesse stieg die Zahl der in gemerblichen kleinen Schiffenbetrieben tätigen Personen seit 1882 um 20 Prozent, das Personal der Mittelbetriebe um 145 Prozent und das der Großbetriebe sogar um 218 Prozent. Jedoch erstreckt sich der Rückgang der gewerblichen Kleinbetriebe durchaus nicht auf alle Gewerbezweige, sondern hauptsächlich auf die Industrie der Steine und Erden, Metallverarbeitung, Bekleidungsindustrie, Textil- und Holzindustrie. So hat die Textilindustrie allein seit 1882 durch den Rückgang der Spinnerei über 200 000 ihrer Kleinbetriebe - 63,5 Prozent - verloren. Abgesehen von der Notwendigkeit eines lokalen Zusammenhanges mit dem Verbraucher, wie bei Bädern, Fleischer, Schneider, Friseurinnen und dgl. zeigt sich der Kleinbetrieb überhaupt nur noch dort lebensfähig, wo es sich um Anpassung an individuelle Bedürfnisse handelt, wozu auch die Reparaturarbeit gehört. Deshalb findet sich auch der Handwerksbetrieb vornehmlich in der Leder-, Holz-, Nahrungs-, und Genussmittelindustrie, sowie im Bekleidungsgebiete. Jedenfalls ist aber darauf hinzuweisen, daß trotz der günstigeren Entwicklung der größeren Betriebe von einem Aufsaugen und Verdrängen des kleinen Handwerks verallgemeinernd nicht gesprochen werden kann.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 14. Juli 1914.

Sommerarbeit in den Gewerbevereinen. Das bewegte wirtschaftliche Leben läßt eine Pause in den Arbeiterverbänden nicht aufkommen. So auch innerhalb der deutschen Gewerbevereine, die trotz des "Weißens auf dem letzten Lode" ihren Segnern noch manches Feld werden strittig machen. Die Gewerbevereine der Textilarbeiter und der Töpfer, Ziegler und verwandten Berufe richten Kurse an ihre Mitglieder zu energischer planmäßiger Arbeit. So heißt es in dem Aufruf der "Deutschen Textilarbeiter-Zeitung":

Der Gewerbeverein der Deutschen Textilarbeiter hat zu Ostern 1914 seine Generalversammlung gehabt. Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Mitglieder des Gewerbevereins mit ihrer Betretung voll zufrieden sein können. Auch auf dieser Tagung wurde zu verschiedenen aktuellen Tagesfragen Stellung genommen. Die Forderung des freien Sonnabend-Nachmittages wurde durch ein Referat eingehend begründet und eine entsprechende Entschlieung angenommen. Zur Befriedigung des Koalitionsrechts wurde ebenfalls in einer Entschlieung Stellung genommen und beide Entschlieungen an den Reichstag gesandt. Auch im Innern ist unser Gewerbeverein wieder aus-

gebaut und gefestigt worden. Das Unterstützungsweien wurde neu geregelt, die Schäden wurden von dem guten Kern getrennt und somit eine gesunde Grundlage geschaffen, welche auch von allen Mitgliedern dankbar anerkannt wird. Und noch eins kommt hinzu. Unsere "Deutsche Textilarbeiter-Zeitung" präsentiert sich heute das erste Mal im neuen Gewande. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieses mit dazu beiträgt, unser Fachorgan allen Mitgliedern noch unentbehrlicher zu machen."

Die Leitung des Gewerbevereins der deutschen Textilarbeiter in Spremberg, Wilhelmplatz 1 ist gern bereit, unseren Kollegen in Orten, wo ein Ortsverein dieses Gewerbevereins noch nicht besteht, Werbematerial zu übergeben.

"Der deutsche Töpfer", das Organ des gleichnamigen Gewerbevereins (Sitz in Bitterfeld, Schreiberstr. 9), richtet sich besonders gegen die Kämpfe innerhalb der organisierten Arbeiterklasse. Das Blatt schreibt:

"Was gibt aber den Gewerbevereinen die Kraft, den Mut und die Ausdauer? Die ehrlche feste Ueberzeugung von dem gesunden Gewerbevereinsprogramm, welches jederzeit, hauptsächlich der Kunst entsprechend hat und entspricht, welche die sozialdemokratischen sowie christlichen Gewerkschaften nachahmen, und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo dasjenige voll und ganz anerkannt werden muß."

Die gefälligen Beurteilungen und Beläufungen der Gewerbevereine mühen im Interesse der Arbeiterklasse auf. Der Arbeiterklasse müssen die Augen aufgehen, sie muß sich sagen, daß dadurch nur die gelben Unternehmergruppen und die Unternehmer selbst den größten Nutzen und Vorteil haben. Wenn sich die Arbeiterklasse so beläuft, dann blüht der Weigen der Gegner der Arbeiterklasse.

Ein ganz anderes Bild bieten die Unternehmerverbände, welche sich immer enger zu starren, mächtigen Industriellenverbänden zusammenschließen. Bei diesen Verbänden gibt es keinen Streit um Glaube und Religion. Wo sie sich über Sonderinteressen auseinanderzusetzen haben geschieht das in einer Form, die ein einmütiges Zusammenstehen aller Unternehmer im Kampfe für ihre Interessen nicht beintächtigt."

Wir möchten unsererseits dieser dringenden Aufforderung zur Umberarbeit nur den Wunsch hinzufügen, daß sich unsere Kollegen in den übrigen Gewerbevereinen der Pflicht bewußt werden, indem sich die Gewerbevereine gegenseitig zu unterstützen haben. Der schwere Existenzkampf der Gewerbevereine kann nur erfolgreich überstanden werden, wenn unsere Mitglieder örtlich zahlreich und fest organisiert sind. Wo es möglich ist, sollen alle Gewerbevereine am Orte vertreten sein. Wo mit fester Hand zugegriffen wurde, ist es gelungen und es muß auch weiter gelingen.

Der freie Sonnabendnachmittag. Im vergangenen Jahre richtete der Verband der deutschen Gewerbevereine an den Reichstag sowohl als auch an den Reichsanwalt eine Petition mit dem Erluchen, die Frage zu prüfen, ob der freie Sonnabendnachmittag nicht durch ein Werk der Gesetzgebung weiter zu fördern wäre. Der § 137 der G.-D. müßte über die Novelle von 1908 hinaus die Vorschriften bekommen, daß für die Arbeiterinnen der Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend spätestens mittags 1 Uhr eintritt."

Wie jetzt bekannt wird, wird sich auch die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterstand mit der Arbeitszeit an Samstagen beschäftigen. Zu diesem Zwecke hatte schon die 7. Delegiertenversammlung obgenannter Vereinigung in Zürich 1912 den Wunsch ausgesprochen, eine internationale Festlegung herbeizuführen, daß die Frauen und jugendlichen Arbeiter am Samstagnachmittag von der Arbeit freizulassen sind. Die Gesellschaft für Soziale Reform, der auch die Deutschen Gewerbevereine angeschlossen sind, hat der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterstand in dieser Frage eine von Herrn Dr. Seyde verfaßte umfangreiche Denkschrift übermittleit, auf deren Inhalt wir demnächst noch zurückkommen werden. Es wird zunächst verlangt, daß der Arbeitsschluß statt um 5 Uhr nachmittags auf 1 Uhr nachmittags festgesetzt wird. Der Antrag beruht auf dem Vorbild der englischen Arbeitsschutzgesetzgebung, wo für den größten Teil der Industrie und fast für sämtliche Kontore der freie Sonnabendnachmittag bereits durchgeführt ist, ohne daß sich Schwierigkeiten daraus ergeben hätten. Auch in allen anderen Industrieländern wird die Forderung nach einem freien Sonnabendnachmittag erhoben und zum Teil bereits von den Regierungen erzwungen. In den Niederlanden müssen verheiratete Frauen und solche, die einen Haushalt führen, auf ihren Wunsch am Sonnabend um 1 Uhr mittags von der Arbeit befreit werden. In Süddeutschland sind in einzelnen Betrieben, besonders in der Metallindustrie, Versuche mit dem

freien Sonnabendnachmittag gemacht, ebenso in einer Reihe von Betrieben der Textilindustrie. Wir dürfen wohl annehmen, daß es den Bemühungen der Internationalen Vereinigung gelingt, diese Forderung zur Anerkennung zu bringen.

Arbeiterbewegung. Wegen Lohnaristritigkeiten haben in Kachen sämtliche Arbeiter der Ledertreibriemenfabriken die Forderung eingereicht. - In Emden sind ein Teil der Deicharbeiter in den Ausstand getreten; desgleichen auch die Arbeiter in den Nordseewerken daselbst. - Der Streik der Glaser in Göttingen ist beendet. Die Holzbildhauer in Göttingen konnten, ohne daß es zu einer Arbeitsniederlegung kam, ihre Lohnbewegung erfolgreich beenden. Neben einer Arbeitszeitverlängerung von 1 Stunde wurde eine 10-prozentige Lohnerböhung sowie ein Zuschlag für Ueberstunden und ein Mindestlohn von 50 Pfg. erreicht. - In der Seiden- und Klapphutfabrik von Pfeiffer & Co. in Altenburg kam es wegen Minderregelung eines Arbeiters zum Ausstand. Infolge dieser Differenz hat ein Teil der Altenburger Seiden- und Klapphutfabrikanten die Aussperrung ihrer Arbeiter verhängt. Bei den Firmen Trumpf, Carls & Co. und Gollerstein ist sämtlichem Personal gekündigt worden. Es kommen bei dieser Aussperrung 170 Personen in Detracht. - In den Spielwarenfabriken von Kraus, Engelhardt und Hoffmann in Koblenz sind etwa 100 Arbeiter wegen Lohnminderungen in den Ausstand getreten. - In Koblenz stehen die Tischler und Glaser der Bau- und Möbelbranche im Streik. - Der Streik in den Mündener Automobilfabriken und im Wagnergewerbe dauert ununterbrochen fort. - Die Lohnbewegung der Tuchmalkner in den Lausitzer Webereien, welche zur Massenündigung von 30 000 Arbeitern führte, ist in dem größeren Aufzuge "Die Wacht" des Unternehmertums" gehindert gewirkt worden. - Zur Unterstützung der Waffenfabrikanten in Solingen haben die vereinigten Unternehmerverbände ebenfalls die Aussperrung angedroht.

Die Wirkung der wirtschaftlichen Krise auf die Mitgliederbewegung der Arbeiterorganisationen hat sich bei allen Richtungen gezeigt. Der Verlust der Deutschen Gewerbevereine um 2607 ist nach der geringste. Wie wir bereits an anderer Stelle mitgeteilt haben, weisen die "freien" Gewerkschaften für das Jahr 1913 einen Rückgang von 60 882 Mitglieder auf. Nun haben auch die christlichen Gewerkschaften in ihrem "Zentralblatt" die Zahlen über die Mitgliederbewegung im Jahre 1913 veröffentlicht. Ihr Verlust beträgt 9195. Auch hier zeigt sich, daß nicht alle Berufe gleichmäßig von der Krise betroffen worden sind. Einige Verbände, namentlich die der Staatsarbeiter verzeichnen sogar einen Mitgliederzuwachs. Am härtesten ist der christliche Bergarbeiterverband getroffen, dessen Verlust sich auf nicht weniger als 10 336 Mitglieder beläuft. Auch der christliche Textilarbeiterverband hat über 1000 und der Metallarbeiterverband beinahe 1000 Mitglieder verloren.

Wir konstatieren diese Tatsache lediglich deswegen, um zu zeigen, daß alle gewerblichen Richtungen im letzten Jahre gelitten haben. Freude an dieser Entwicklung kann kein aufrichtiger Freund der Arbeiterbewegung haben. Auf alle Fälle ist es zu bedauern, daß die Zahl der organisierten zurückgegangen ist, und es müssen alle Sebel in Bewegung gesetzt werden, um die entlassenen Lücken wieder auszufüllen.

Gewerbevereins-Zeil.

§ Drfax. Am 5. Juli fand hier die Landeskonferenz der Anhaltinischen Ortsvereine statt. Der zahlreiche Besuch bewies, daß man dieser Tagung besonderes Interesse entgegenbrachte. Nach Begrüßung der Anwesenden durch den Ortsverbandsvorsitzenden Kollegen Maab, hielt Herr Landtagsabg. Vrtl. einen sehr befallig aufgenommenen Vortrag über "Die Sozialpolitik in Anhalt". Der Redner kennzeichnete zunächst die von privater Seite geleistete soziale Arbeit, für die als glänzendes Vorbild der leider zu früh verstorbenen Richard Böckelmann genannt wurde. Er hat in seinem großen Betriebe glänzende soziale Einrichtungen getroffen, die auch von verschiedenen anderen Unternehmern nachgeahmt worden sind. In der Sozialpolitik allerdings sieht das Bild viel ungünstiger aus. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß von irgend welcher Initiative seitens der leitenden Staatsmänner Anhalts herzlich wenig die Rede sein kann. Als Beweis führte der Redner die Neugestaltung der Besondereordnung, das Kontraktbrotgesetz, das Landtagswahlgesetz, die Geschäftsordnung des anhaltinischen Landtages und das zuletzt erlassene Gesetz über die neue Stadt- und Dorfordnung. Die einzige soziale Tat war die auf

Drängen der Fortschrittspartei durchgeführte Krankenversicherung der Dienstboten.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion, in der Kollege ...

Nach der Mittagspause hielt Kollege Sauer-Leipzig einen wohlwurchdachten und überaus lehrreichen Vortrag über die Wahlen zu den Oberverwaltungsämtern.

Erfreulicherweise konnte auch festgestellt werden, daß die Mitglieder der Gewervereine in Anhalt im Steigen begriffen ist.

§ 4. Der hiesige Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter hielt am 5. Juli eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Hauptvorstandsmitglied Kollege Sonntag-Burg über das Thema „Das gefährdete Koalitionsrecht“ referierte.

Der Redner gab einleitend einen Überblick über die Entstehung des Koalitionsrechtes und seine Bedeutung für das wirtschaftliche und soziale Leben der Arbeiter.

Wir Gewervereiner sind der Meinung, daß die bestehenden Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen vollständig genügen.

sei mit einer Einschränkung des Koalitionsrechtes, würde allen Arbeiterorganisationen, gleich welcher Richtung, schaden.

Getreu den Grundgeden der deutschen Gewervereine, die als solche unbedingt an der partei- und kirchenpolitischen Neutralität festhalten, müssen die Mitglieder sich draußen im politischen Leben betätigen und obige Forderungen der Gewervereine zur Geltung zu bringen suchen.

Der Redner entsetzte für seine Ausführungen lebhaften Beifall. An den Vortrag knüpfte sich eine kurze Diskussion an, an der sich die Mitglieder Reder, Kreuzer, Weiss und Schlichter im Sinne der Ausführungen des Referenten beteiligten.

Verbands-Teil.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewervereine (G.-D.).

Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 9 Uhr, mangellofes Zusammensein im Verbandsbause, Gäste will.

Panlow (Maschinenbau- und Metallarbeiter). Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung des Ortsvereins Panlow, bei Steber, Florastr. 7.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Burhop-Gesellschaftsraum, Bremer, Reckenstr. 42.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Potsdamer (Ortsverb.). Carl Krause, Schriftführer, Feldstr. 5a.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Altenregister für Arbeitersekretariate,

in übersichtlicher Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Alten. Unentgeltlich für jedes Arbeitersekretariat und jede Rechtsanwaltskanzlei der Deutschen Gewervereine.

Nr. 1 für 60 Alten Preis 2,00 Mark, 2 " 500 " 6,00 "

Näherem empfehlen wir wiederholt: Eintragebücher für die Statistik!

Form D Nr. 1 für etwa 200 Kaufleute 0,60 Mk., Form-D Nr. 2 " 500 " 1,00 " Form-D Nr. 3 " 1000 " 2,00 "

Formulare für Unfalls- und Invalidenfällen. Form. A für Berufungsschriften Form. B " Rekurs- bezw. Revisionschriften

Personalienfragebogen.

Form. C. 50 Stk. 0,75 Mk., 100 Stk. 1,50 Mk. Berufung nur gegen Voreinsendung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin, Greifswalderstr. 21/22B.

Obbels. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen H. Hauptmann, Köpenicker Straße 9.

Kattow. O.-Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterbringung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Franz Frey, Galtstr. 17.

Gelsenkirchen (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgeheim von 75 Pfg. beim Kollegen Konrad Dör, Martinstr. 14.

Hork i. L. für Durchreisende Unterbringung und Herberge bei August Müller, Bruchstr. 6.

Schmölln (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewervereinskollegen wird für Nachtquartier eine Unterbringung von 60 Pfg. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Tragsdorf, Bachstr. 2.

Wenz (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten eine Unterbringung von 75 Pfg. beim Kollegen Albin Müller, Chemnitzstr. 18.

Alle Jahre für jeden freibiamen Gewervereiner

und folgende sieben erschiene Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandsstage gehaltenen Vorträge, für die Herbearbeit unentgeltlich:

1. Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erstellt vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt; 2. Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie, von W. Gleichauf; 3. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, von R. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pfg.; 10 Stück 80 Pfg.; 20 Stück 1,50 Mk. und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 18., Greifswalderstr. 221-228, zu richten.

Wandau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterbringung b. Verbandskassierer Otto Beck, Dierbergstr. 16.

Keckermünde und Angermünde (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Reiseunterbringung. Karten hierzu in Keckermünde beim Kollegen Aug. Krugel, Rönigstr. 6. In Angermünde beim Kollegen Richard Fricke, Friebrichstr. 16.

Orts- und Regionalverbände. Otho und Wülshelm a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Bezugsquartieren in Gewervereinsbureau, Grenzstr. 156.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterbringung bei E. Deterf, Bodenstr. 21.

Wierach a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 1 Mk. Ortsgeheim, beim Ortsverbandskassierer S. Schneider, Gaultauerstr. 24. Herberge vom roten Löwen, Marktplatz.

Kattow. O.-Schl. Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeld beim Kassierer, Kollegen S. Piffula, Nikolaisstr. 51. (Wittags 12-1, abends nach 6 Uhr).

Wilm a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 1 Mark Unterbringung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Pfauenstr. 17.

Wilm a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Vergütung. Kartenausgabe Krause, Hotel.

Düsseldorf (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen aller Berufe erhalten Frei-Logis und Morgentasse im Verbandsbause, Restaurant zum Klostereller, Kurfürsten- und Klosterstr. 6. Karten werden im Arbeitersekretariat daselbst I. Etage ausgegeben. Arbeitsnachweis für alle Berufe.

Oberergerbergischer Ortsverband, St. Elisabeth. Unterbringung von 75 Pfg. an wandernde Kollegen bei Ernst Bjerger jun. in Scheibenberg, Wallyhausstr. 62, mittags von 12-1 und abds. von 6-8 Uhr.

Barth i. Pom. (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Böhm, Pohlstr. 24. Arbeitsnachweis daselbst.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgeheim von 75 Pfg. im Verbandslokal „Zum Heyenthal“ (Kleinstr. 4).

Sam. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterbringung oder Nachtlöge auf dem Bureau der Waghinbauwer, Wilhelmstr. 16.

Wieslau (Ortsverband). Die Unterbringung an durchreisende Kollegen wird ausgegibt beim Ortsverbandskass. Bertold Einbner, Rantstr. 6.